Stellungnahme / Antwort

Koblenz, 11.02.2011 Tel.: 0261 129 3153

zu Antrag-/Anfrage Nr. AF/0016/2011

der Stadtratssitzung am 10.02.2011 Punkt: ö.S. / nö.S.

Betr.: Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Sperrung Fußgänger- und Radwegebeziehung zwischen den Stadtteilen Goldgrube, Moselweiß und Rauental

Stellungnahme/Antwort

Zu 1.

Gibt es bei der Verwaltung alternative Lösungen, diese Wegebeziehung zwischen den Stadtteilen Goldgrube-Moselweiß-Rauental wieder herzustellen?

Die Verwaltung beabsichtigt mit dem am 08.02.2011 im Fachbereichsausschuss IV vorgestellten Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.46 neu "Straßenverbindung Koblenzer Straße- Beatusstraße" auch den Bau eines Geh- und Radweges entlang eines im Zuge der Straßenverbindung geplanten Tunnelbauwerkes.

Der ca. 2,75 Meter breite Geh- und Radweg soll eine direkte und optimierte Verbindung zwischen den bestehenden Geh- und Radwegen an der Bogen- bzw. Beatusstraße im Süden und der Koblenzer Straße im Norden wiederherstellen, die seit dem Bau des Bahnbetriebswerkes Transregio einzig über den Heiligenweg miteinander verbunden sind. Hierdurch wird insbesondere die Erreichbarkeit des ÖPNV-und Infrastrukturangebotes an der Koblenzer Straße für die Bewohner der Johannes-Junglas-Siedlung verbessert.

Zu 2.

Könnte die Fußgängerbrücke auch ohne die anderen Maßnahmen des Schienenhaltepunktes errichtet werden?

Bislang ist die Fußgängerbrücke lediglich Bestandteil des Vorentwurfes bzw. der Vorplanung Schienenhaltepunkt Goldgrube/Rauental/Verwaltungszentrum im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr.65, um dort vorrangig die Erschließung der Bahnanlagen bzw. Bahnsteige zu gewährleisten.

Eine Fußgängerbrücke als bauliche Alternative zur fehlenden Wegebeziehung zwischen den Stadtteilen Goldgrube-Moselweiß-Rauental ist durchaus auch separat zu projektieren.

Zu 3.

Welche Kosten könnten hierbei anfallen?

Die Kosten für die Errichtung einer Fußgängerbrücke sind derzeit nicht zu benennen, da der weitere Werdegang der Planungsaufgabe "Schienenhaltepunkt Goldgrube/Rauental/Verwaltungszentrum" zunächst im Zuge der Haushaltsberatungen 2011 abgewartet werden soll.